

Der postalische Antrag mit **rechtsverbindlicher Unterschrift** ist innerhalb von **vier Wochen** nach elektronischer Antragstellung bei der zuständigen Regierung **in Schriftform** einzureichen.

Dazu drucken Sie Ihren Antrag und die De-minimis-Erklärung nach elektronischer Antragsstellung aus und versehen **beide mit rechtsverbindlicher Unterschrift**. Der Eingang dieser Unterlagen wird nicht bestätigt.

Wir weisen Sie darauf hin, dass die beantragte Maßnahme bei **Überschreiten der Frist nicht gefördert** werden kann.

Mustermann GmbH
12345, Musterort
Regensburg, kreisfreie Stadt
mustermann@musterfirma.de
01234/987654

Vorgangsnummer: 20201218405960807210

Achtung: Der Antrag sowie die De-minimis-Erklärung müssen **innerhalb von vier Wochen** nach elektronischer Antragstellung bei der zuständigen Bewilligungsbehörde in Schriftform eingereicht werden. Dazu versehen Sie den **Antrag, die De-minimis-Erklärung und das Anschreiben mit rechtsverbindlicher Unterschrift**.

Förderantrag | Digitalbonus Standard

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit erhalten Sie das ausgefüllte Antragsformular zum Digitalbonus Bayern mit rechtsverbindlicher Unterschrift, die rechtsverbindlich unterschriebene De-minimis-Erklärung sowie eventuelle weitere relevante Unterlagen mit der Bitte um Bearbeitung.

Mit freundlichen Grüßen

Datum

Unterschrift Antragsteller/in

ENTWURF – NICHT EINREICHEN!

DIGITALBONUS

Bayern



Vorgangsnummer: 20201218405960807210

ANTRAG ZUM FÖRDERPROGRAMM DIGITALBONUS

ANGABEN ZU DEN FÖRDERVORAUSSETZUNGEN

1. ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

Ja	Hat das antragstellende Unternehmen weniger als 50 Mitarbeiter?
Ja	Hat das antragstellende Unternehmen einen Jahresumsatz von höchstens 10 Mio. Euro?
Ja	Hat das antragstellende Unternehmen eine Jahresbilanzsumme von weniger als 10 Mio. Euro?
Ja	Ist das Unternehmen ein gewerbliches Unternehmen im Sinne des § 2 des Gewerbesteuergesetzes?
Nein	Wird die zu fördernde Maßnahme überwiegend eingesetzt für Leistungen, die der Art nach als freiberufliche Tätigkeit im Sinne von § 18 Abs. 1. Nr. 1 EStG erbracht werden?
Nein	Handelt es sich beim antragstellenden Unternehmen um ein Krankenhaus, eine Klinik, ein medizinisches Versorgungszentrum, ein Sanatorium, ein Seniorenheim oder eine ähnliche Einrichtung?
Nein	Ist das antragstellende Unternehmen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft, Aquakultur, Fischerei, soweit nicht Verarbeitung oder Vermarktung, tätig?
Nein	Befindet sich das Unternehmen in einem Insolvenzverfahren oder sind bei dem Unternehmen die nach deutschem Recht vorgesehenen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag der Gläubiger erfüllt?

2. ANGABEN ZUR MASSNAHME

Nein	Haben Sie bereits einen Auftrag für die beantragte Maßnahme erteilt oder eine Bestellung getätigt?
Nein	Soll die beantragte IKT-Lösung gegen Entgelt in anderen Unternehmen zum Einsatz kommen?
Ja	Wird das Vorhaben in einer Betriebsstätte in Bayern durchgeführt?

3. ANGABEN ZUR MEHRFACHFÖRDERUNG

Nein	Wird das beantragte Vorhaben im Rahmen anderer öffentlicher Programme gefördert?
Ja	Haben Sie bereits Förderungen im Rahmen des Förderprogramms Digitalbonus beantragt, die nicht abgelehnt oder zurückgezogen wurden?

zu 1:

- Antragsberechtigt sind **kleine Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft**.
- Ein **kleines Unternehmen** ist jede rechtlich und organisatorisch selbständige Einheit mit wirtschaftlicher Tätigkeit. Mögliche Verflechtungen mit anderen Unternehmen müssen nicht berücksichtigt werden.
- Als kleine Unternehmen gelten Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz oder einer Jahresbilanzsumme von höchstens 10 Mio. Euro.
- Als **gewerbliches Unternehmen** im Sinne der Richtlinien Digitalbonus gilt ein Gewerbebetrieb gemäß § 2 des Gewerbesteuergesetzes. Freie Berufe werden nicht gefördert.
- **Ausgenommen** (nicht förderberechtigt) sind:
 - Freie Berufe, grundsätzlich auch dann, wenn freie Berufe in einer gewerblichen Rechtsform ausgeübt werden
 - Krankenhäuser, Kliniken, Medizinische Versorgungszentren, Sanatorien oder ähnliche Einrichtungen
 - Land- und Forstwirtschaft, Aquakultur, Fischerei (soweit nicht Verarbeitung oder Vermarktung)

zu 2:

- Sie dürfen keinen Antrag stellen, wenn die Maßnahme bereits begonnen wurde. Ein Verstoß kann strafrechtliche Konsequenzen haben (Subventionsbetrug). Ein **Maßnahmenbeginn** liegt vor, sobald eine rechtsverbindliche Auftragserteilung/Bestellung zur Lieferung eines Produktes oder Erbringung einer Dienstleistung (ggf. auch mündlich) erfolgt ist.
- IKT-Lösungen, die gegen Entgelt auch **in anderen Unternehmen zum Einsatz** kommen sollen und die für das andere Unternehmen eine förderfähige Maßnahme nach Nr. 2 der Richtlinie darstellen, sind zur Vermeidung einer möglichen Doppelförderung von der Förderung ausgeschlossen.
- Antragsberechtigt sind Unternehmen mit einer **Betriebsstätte im Freistaat Bayern**, in der die geförderte Maßnahme auch zum Einsatz kommt.

zu 3:

- Vorhaben, die im Rahmen anderer öffentlicher Programme (z.B. Innovationsgutschein, Digital Jetzt, go-digital) gefördert werden, sind nicht förderfähig. Eigenmittelprogramme der LfA (z. B. Universalkredit, Universalkredit Innovativ) und der KfW zählen nicht zu den "öffentlichen Programmen".
- Der Zuschuss kann jedem Zuwendungsempfänger während der Laufzeit des Förderprogramms jeweils einmal je Förderbereich gewährt werden.
- Befindet sich ein Unternehmen in einem dieser Zustände kann aufgrund der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen keine Förderung erfolgen.

I. ALLGEMEINER TEIL

1. ANGABEN ZUM ANTRAGSTELLER

Nein	Handelt es sich beim antragstellenden Unternehmen um eine Betriebsaufspaltung (Besitz- und Betriebsunternehmen)?
zu 1: Sofern es sich um eine Betriebsaufspaltung (Besitz- und Betriebsunternehmen) mit gemeinsamer Finanzierung und Nutzung der beantragten Maßnahme handelt, muss das Besitzunternehmen Antragsteller sein. Anderenfalls das Unternehmen, das die beantragte Maßnahme finanziert und nutzt.	
Firmenname	Mustermann GmbH
Straße, Hausnummer	Musterstraße 1
PLZ	12345
Ort	Musterort
Landkreis bzw. kreisfreie Stadt	Regensburg, kreisfreie Stadt
Regierungsbezirk	Oberpfalz
Website	www.musterfirma.de
E-Mail	mustermann@musterfirma.de
Telefon	01234/987654
Kontoinhaber	Mustermann GmbH
Name der Bank	Musterbank
IBAN	<input type="text" value=""/> De+20 Zeichen

2. RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
--

3. UNTERNEHMENSINHABER/IN, GESETZLICHE/R VERTRETER/IN, ANSPRECHPARTNER/IN

Unternehmensinhaber/in, Gesellschafter/in **zu 3: Bitte tragen Sie alle Firmeninhaber/Gesellschafter (100%) ein**

Anrede	Frau
Funktion	Geschäftsführerin
Name	Mustermann
Vorname	Maria
E-Mail	maria.mustermann@musterfirma.de
Telefon	01234/1111
Beteiligung in Prozent	90
Anrede	Herr
Funktion	Geschäftsführer
Name	Mustermann
Vorname	Moritz
E-Mail	moritz.mustermann@musterfirma.de
Telefon	01234/2222
Beteiligung in Prozent	10

Gesetzliche/r Vertreter/in

Anrede	Frau
Funktion	Geschäftsführerin
Name	Mustermann
Vorname	Maria
E-Mail	maria.mustermann@musterfirma.de
Telefon	01234/1111

Ansprechpartner/in, Projektleiter/in

Anrede	Herr
Funktion	Projektleiter
Name	Mustermann
Vorname	Marc
E-Mail	marc.mustermann@musterfirma.de
Telefon	01234/3333

4. UNTERNEHMENS DATEN

Gründungsjahr	2014
Hinweis	Letzter Jahresabschluss
Jahr	2019
Anzahl Beschäftigte	24,00
Jahresumsatz	4.896.465,00
Bilanzsumme	4.235.295,00

zu 4: Antragsberechtigt sind **kleine Unternehmen**. Ein kleines Unternehmen ist jede rechtlich und organisatorisch selbständige Einheit mit wirtschaftlicher Tätigkeit. Mögliche Verflechtungen mit anderen Unternehmen müssen nicht berücksichtigt werden.

Als kleine Unternehmen gelten Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitern **und** einem Jahresumsatz **oder** einer Jahresbilanzsumme von höchstens 10 Mio. Euro.

Bei einem **neu gegründeten Unternehmen**, das noch keinen Abschluss für einen vollständigen Rechnungszeitraum vorlegen kann, müssen die Unternehmensdaten im laufenden Geschäftsjahr nach Treu und Glauben geschätzt werden.

Anmerkungen	Hier können Sie ggf. Bemerkungen zu den oben angegebenen Unternehmensdaten (Anzahl Beschäftigte, Jahresumsatz, Bilanzsumme) oder sonstige Hinweise (z.B. Neugründung, die Unternehmenszahlen sind deshalb nach Treu und Glaube geschätzt) im Zusammenhang mit den Unternehmensdaten eintragen.
-------------	--

Welcher Branche gehört Ihr Unternehmen an?
Handwerk

(Haupt-)Unternehmenstätigkeit/Spezialisierung:
Bitte beschreiben Sie hier kurz Ihre (Haupt-)Unternehmenstätigkeit, Spezialisierung etc., insbesondere auch für den Bereich, in dem die geförderte Maßnahme eingesetzt wird.

5. MEHRFACHFÖRDERUNG

zu 5: Nur auszufüllen, sofern bereits ein Digitalbonus Antrag gestellt wurde, welcher nicht abgelehnt oder zurückgezogen wurde; vgl. Abfrage Seite 3 (3. Angaben zur Mehrfachförderung)

Bereich, für den die Förderung beantragt wurde	Produkte, Prozesse, Dienstleistungen (siehe Nr. 2.1 Förderrichtlinie)
Beantragter Digitalbonus	Digitalbonus Standard
Aktenzeichen	AZ 1234-100
Datum des Zuwendungsbescheides	10.10.2018

II. ANGABEN ZUR BEANTRAGTEN FÖRDERART

Beantragter Digitalbonus	Digitalbonus Standard
--------------------------	-----------------------

zu II und III: Der Digitalbonus Standard kann **jeweils einmal je Förderbereich** gewährt werden. Der Digitalbonus Plus kann insgesamt nur einmal gewährt werden. Eine Kombination des Digitalbonus Plus mit dem Digitalbonus Standard ist nicht möglich.

III. ANGABEN ZUR BEANTRAGTEN FÖRDERUNG

1. FÖRDERBEREICH

Förderbereich	Einführung oder Verbesserung der IT-Sicherheit
---------------	--

zu 1: Der **zweite** Förderbereich ist die Entwicklung, Einführung oder Verbesserung von Produkten, Dienstleistungen, Prozessen, durch IKT-Hardware, IKT-Software sowie Migration und Portierung von IT-Systemen und IT-Anwendungen

2. KURZBEZEICHNUNG DER MASSNAHME

Verbesserung der IT-Sicherheit durch Einsatz von XY

3. ORT DER DURCHFÜHRUNG

Betriebsstätte in Bayern?	Ja	zu 3: Wenn die beantragte Maßnahme in mehreren Betriebsstätten des antragstellenden Unternehmens zum Einsatz kommt, bitte alle Betriebsstätten eintragen. Bitte zuerst die Betriebsstätte angeben, in der der Schwerpunkt der Maßnahme / die Mehrzahl der Betriebsstätten umgesetzt wird.
PLZ	12345	
Ort	Musterort	
Landkreis bzw. kreisfreie Stadt	Regensburg, kreisfreie Stadt	
Regierungsbezirk	Oberpfalz	

4. GEPLANTER DURCHFÜHRUNGSZEITRAUM

Geplanter Beginn (Datum der geplanten Auftragserteilung / Bestellung)	01.03.2021	zu 4: Sie dürfen keinen Antrag stellen, wenn die Maßnahme bereits begonnen wurde. Ein Verstoß kann strafrechtliche Konsequenzen haben (Subventionsbetrug). Ein Maßnahmenbeginn liegt vor, sobald eine rechtsverbindliche Auftragserteilung/Bestellung zur Lieferung eines Produktes oder Erbringung einer Dienstleistung (ggf. auch mündlich) erfolgt ist.
Geplantes Ende	01.03.2022	

5. BESCHREIBUNG DER BEANTRAGTEN MASSNAHME

5.1. Bitte beschreiben Sie möglichst genau Ihre aktuelle Ausgangslage sowie dadurch bestehende Probleme/Schwierigkeiten etc.

Allgemein:
Bei der Beschreibung der beantragten Maßnahme(n) ist in den Feldern 5.1 - 5.3 darauf einzugehen, inwieweit

- Soft-/Hardware an die individuellen Ansprüche angepasst werden
- mit dem Vorhaben im Rahmen der Betriebsprozesse erstmals digitale Systeme eingesetzt werden oder der Digitalisierungsgrad auf den neusten Stand erhöht wird
- individuell auf das Unternehmen abgestimmte Lösungen zur IT-Sicherheit angeschafft werden sollen oder eine dahingehende Umstellung von einer Standardlösung erfolgen soll.

Bitte beschreiben Sie möglichst genau Ihre aktuelle Ausgangslage sowie dadurch bestehende Probleme/Schwierigkeiten. Sie müssen mindestens 100 Zeichen und maximal 1000 Zeichen eingeben.

5.2. Bitte beschreiben Sie möglichst genau die einzuführende Lösung.

Allgemein:
Bei der Beschreibung der beantragten Maßnahme(n) ist in den Feldern 5.1 - 5.3 darauf einzugehen, inwieweit

- Soft-/Hardware an die individuellen Ansprüche angepasst werden
- mit dem Vorhaben im Rahmen der Betriebsprozesse erstmals digitale Systeme eingesetzt werden oder der Digitalisierungsgrad auf den neusten Stand erhöht wird
- individuell auf das Unternehmen abgestimmte Lösungen zur IT-Sicherheit angeschafft werden sollen oder eine dahingehende Umstellung von einer Standardlösung erfolgen soll.

Bitte beschreiben Sie möglichst genau die einzuführende Lösung. Sie müssen mindestens 100 Zeichen und maximal 1000 Zeichen eingeben.

5.3. Bitte beschreiben Sie möglichst genau das Ergebnis der einzuführenden Lösung.

Allgemein:

- Bei der Beschreibung der beantragten Maßnahme(n) ist in den Feldern 5.1 - 5.3 darauf einzugehen, inwieweit
- Soft-/Hardware an die individuellen Ansprüche angepasst werden
 - mit dem Vorhaben im Rahmen der Betriebsprozesse erstmals digitale Systeme eingesetzt werden oder der Digitalisierungsgrad auf den neusten Stand erhöht wird
 - individuell auf das Unternehmen abgestimmte Lösungen zur IT-Sicherheit angeschafft werden sollen oder eine dahingehende Umstellung von einer Standardlösung erfolgen soll.

Bitte beschreiben Sie möglichst genau das Ergebnis der einzuführenden Lösung. Sie müssen mindestens 100 Zeichen und maximal 1000 Zeichen eingeben.

Angaben zum Innovationsgehalt
(nur erforderlich bei Digitalbonus Plus)

nur erforderlich beim Digitalbonus Plus (maximal 2.000 Zeichen):

Beim Digitalbonus Plus ist der **Innovationsgehalt** die maßgebliche Voraussetzung für eine Förderung. Bitte beachten Sie hierzu die zusätzlichen Hinweise unter <https://www.digitalbonus.bayern/foerderprogramm/digitalbonus-plus/>

6. AUSGABEN UND FINANZIERUNG DER MASSNAHME

<input checked="" type="checkbox"/>	Ich bestätige, dass die beantragte Maßnahme nicht über Mietkauf oder Leasing finanziert wird.
<input checked="" type="checkbox"/>	Ich bestätige, dass keine Ausgaben geltend gemacht werden, die aus der Dienst-/Werkleistung oder Produktlieferung eines Unternehmens stammen, bei dem Gesellschafter, Geschäftsführer, IT-Mitarbeiter oder leitende Mitarbeiter des antragstellenden Unternehmens tätig sind.
Ja	Sind Sie bei der Durchführung der Maßnahme zum Vorsteuerabzug nach § 15 UStG berechtigt?

Ausgaben (netto)

Gesamtausgaben der beantragten Maßnahme(n) in Euro	25.580,00
--	-----------

Finanzierung (netto)

Beantragter Zuschuss Digitalbonus Standard in Euro	10.000,00
Beantragter Zuschuss Digitalbonus Plus in Euro	
Bankkredit in Euro	
Eigenmittel in Euro	15.580,00
Summe Gesamtfinanzierung in Euro	25.580,00

7. LEISTUNG(EN) EXTERNER ANBIETER

zu 7: Bitte geben Sie die Leistungen der externen Dienstleister/Angebote vollständig an. Die Summe dieser Kosten muss der Gesamtfinanzierung entsprechen!

Name	IT-Dienstleister Mustermann GmbH
Straße, Hausnummer	Musterstraße 2
PLZ, Ort	54321 Musterhausen
Dienstleistung	Software-Anbieter + Dienstleistungen
Kosten in Euro	15.580,00
Name	IT-Dienstleister Mustermann GmbH & Co. KG
Straße, Hausnummer	Musterstraße 3
PLZ, Ort	54321 Musterhausen
Dienstleistung	Hardware-Anbieter + Dienstleistungen
Kosten in Euro	10.000,00

IV. BESTÄTIGUNGEN DES ANTRAGSTELLERS

Der Antragsteller bestätigt, dass

<input checked="" type="checkbox"/>	mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde, d. h. noch kein Lieferungs- und Leistungsvertrag mit einem externen Anbieter abgeschlossen wurde bzw. keine rechtsverbindliche Auftragserteilung/Bestellung erfolgte, und auch nicht vor Erhalt der Bestätigung der zuständigen Bezirksregierung zum Antragseingang begonnen wird.
<input checked="" type="checkbox"/>	die in diesem Antrag einschließlich der Anlagen gemachten Angaben vollständig und richtig sind.
<input checked="" type="checkbox"/>	ihm bekannt ist, dass er jede Änderung der genannten Angaben unverzüglich der zuständigen Bezirksregierung anzuzeigen hat.
<input checked="" type="checkbox"/>	ihm bekannt ist, dass falsche Angaben den Widerruf der auf dieser Grundlage bewilligten Förderung und die Rückforderung der ausgezahlten Beträge nebst Verzinsung zur Folge haben können.
<input checked="" type="checkbox"/>	kein weiterer Zuschuss der öffentlichen Hand (insbesondere Zuschüsse der EU, des Bundes, der Länder oder der Kommunen) für die beantragte Maßnahme beantragt wurde oder wird.
<input checked="" type="checkbox"/>	unter Berücksichtigung der beantragten Förderung die Gesamtfinanzierung der Maßnahme gesichert ist.
<input checked="" type="checkbox"/>	ihm bekannt ist, dass in Falle der Gewährung einer Förderung diese als De-minimis- Beihilfe nach der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18.12.2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352/1) bewilligt wird.
<input checked="" type="checkbox"/>	ihm bekannt ist, dass er die De-minimis-Erklärung und die De-minimis-Bescheinigung zehn Jahre aufzubewahren und auf Anforderung der Europäischen Kommission, der Bundesregierung, der Landesregierung oder der bewilligenden Stelle auf deren Anforderung innerhalb von einer Woche oder einer in der Anforderung festgesetzten längeren Frist vorzulegen hat. Wird diese Erklärung innerhalb der Frist nicht vorgelegt, entfällt rückwirkend die Bewilligungsvoraussetzung und die Beihilfe zuzüglich Zinsen wird zurückgefordert.
<input checked="" type="checkbox"/>	ihm bekannt ist, dass die De-minimis-Erklärung und die De-minimis-Bescheinigung bei zukünftigen Beantragungen als Nachweis für die vergangenen De-minimis-Beihilfen vorzulegen sind.
<input checked="" type="checkbox"/>	er damit einverstanden ist, dass seine Angaben zum Zwecke der Antragsbearbeitung und Projektverwaltung im Bayerischen Wirtschaftsministerium und der jeweils zuständigen Bezirksregierung gespeichert, verarbeitet und im Rahmen eines Projekt- und Programmcontrollings inklusive Evaluierung ausgewertet werden können. Eine Löschung der Daten erfolgt, sobald und soweit sie für die Zwecke, zu denen sie gespeichert wurden, nicht mehr benötigt werden.
<input checked="" type="checkbox"/>	er damit einverstanden ist, dass soweit andere Stellen bei der Antragsbearbeitung involviert sind, diese Daten dort gespeichert und verarbeitet sowie an das zuständige Ministerium weitergeleitet werden. Eine Löschung der Daten erfolgt sobald und soweit sie für die Zwecke, zu denen sie gespeichert wurden, nicht mehr benötigt werden.
<input checked="" type="checkbox"/>	ihm bekannt ist, dass seine Daten zum Zwecke der Förderung mit dem Digitalbonus Bayern erhoben und an die Regierungen weitergeleitet werden. Nähere Informationen sind unter www.digitalbonus.bayern/datenschutz/ abrufbar.
<input checked="" type="checkbox"/>	er damit einverstanden ist, dass er im Rahmen einer evtl. Evaluierung des Förderprogramms im zumutbaren Umfang mitwirkt.
<input checked="" type="checkbox"/>	er das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie berechtigt, die Maßnahme, den Zuwendungsempfänger sowie die Höhe des Zuschusses im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Freistaats Bayern zu veröffentlichen bzw. an Dritte weiterzugeben. Unabhängig davon ist die Weitergabe von Förderinformationen an den Obersten Rechnungshof oder an Abgeordnete des Bayerischen Landtags im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zulässig.

V. SUBVENTIONSERHEBLICHE TATSACHEN

Dem Antrag stellenden Unternehmen wird hiermit erklärt, dass folgende Angaben im Antrag und in den dazu eingereichten ergänzenden Unterlagen sowie die Mitteilungen und Nachweise aufgrund der Bestimmungen des Zuwendungsbescheides für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung von Bedeutung und somit subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) in Verbindung mit §§ 2 und 3 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (SubvG - BGBl. I S. 2034, 2037) und Art. 1 des Bayerischen Gesetzes zur Ausführung und Ergänzung strafrechtlicher Vorschriften (Bayerisches Strafrechtsausführungsgesetz – BayStrAG) vom 13. Dezember 2016 (GVBl 2016, Nr. 19 S. 345) sind:

Angaben

- über das Antrag stellende Unternehmen und den Zuwendungsempfänger (einschließlich Rechtsform, Sitz der Betriebsstätte, Vorsteuerabzugsberechtigung, Besitz- und Beteiligungsverhältnisse, Anzahl der Beschäftigten, Jahresumsatz und Bilanzsumme),
- zu früheren öffentlichen Finanzierungshilfen in der De-minimis-Erklärung, sowie in den sonstigen dem Antrag beizufügenden Unterlagen,
- zum Beginn des Vorhabens,
- darüber, dass keine Ausgaben geltend gemacht werden, die aus der Dienst-/Werkleistung oder Produktlieferung eines Unternehmens stammen, bei dem Gesellschafter, Geschäftsführer, IT-Mitarbeiter oder leitende Mitarbeiter des antragstellenden Unternehmens tätig sind.
- zu Insolvenzverfahren,
- zum Subventionszweck und zum Vorhaben (einschließl. zum besonderem Innovationsgehalt), die insbesondere auch zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung von Bedeutung sind,
- zu Ausgaben und Finanzierung des Projekts, insbesondere auch zu anderen (öffentlichen) Finanzierungshilfen sowie zu Zuwendungen Dritter,
- zur Verwendung der Zuwendung,
- zur Art und Weise der Verwendung der aus der Zuwendung beschafften Gegenstände,
- im Rahmen der Mitteilungspflichten nach Nr. 4 der Besonderen Nebenbestimmungen für Zuwendungen an die gewerbliche Wirtschaft (BNZW) und
- im Auszahlungsantrag und im Verwendungsnachweis nach Nr. 5 BNZW.

Vorsätzlich oder leichtfertig falsche oder unvollständige Angaben zu den subventionserheblichen Tatsachen können die Strafverfolgung wegen Subventionsbetrugs (§ 264 StGB) zur Folge haben. Gleiches gilt, wenn die zuständige Bezirksregierung über subventionserhebliche Tatsachen bzw. Abweichungen von den Angaben dazu in Unkenntnis gelassen wird.

Das Antrag stellende Unternehmen wird zudem auf die weiteren maßgeblichen Bestimmungen des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 in Verbindung mit Art. 1 BayStrAG hingewiesen. Insbesondere wird ihm erklärt, dass nach Art. 1 BayStrAG in Verbindung mit § 4 SubvG Scheingeschäfte und Scheinhandlungen sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.

<input checked="" type="checkbox"/>	Der Antragsteller versichert, dass ihm die oben genannten Tatsachen als subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 2 SubvG bekannt sind und dass ihm bekannt ist, dass vorsätzlich oder leichtfertig unrichtige oder unvollständige Angaben zu subventionserheblichen Tatsachen oder das vorsätzliche oder leichtfertige Unterlassen einer Mitteilung über Änderungen in diesen Tatsachen nach § 264 Strafgesetzbuch - StGB (Subventionsbetrug) strafbar sein können, sofern die Angaben für den Antragsteller oder einen anderen vorteilhaft sind.
-------------------------------------	---

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift des
Antrag stellenden Unternehmens

Ist das Unternehmen Teil eines Verbunds, müssen die bisherigen De-minimis-Beihilfen für den **gesamten Unternehmensverbund** angegeben werden, also für das antragstellende und alle anderen Unternehmen im Verbund.

Unternehmen: Mustermann GmbH, Muster-Verbundenes-Unternehmen GmbH
Aktenzeichen:

Erklärung zum Antrag auf Gewährung einer Förderung als De-minimis-Beihilfe nach der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013¹ (Stand: 04/2017)

Dieses Muster gilt nur für Förderanträge von Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft. Besonderheiten der De-minimis-Förderung im Fischerei- und Agrarsektor oder im Bereich von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) sind hier nicht berücksichtigt.

Es handelt sich um eine unternehmensbezogene Förderung. Sollte das Unternehmen Teil eines Unternehmensverbunds („einziges Unternehmen“) i.S.v. Art. 2 Abs. 2 De minimis-Verordnung² sein, ist die **Erklärung auf diesem Formular auch für alle anderen Einheiten im Verbund abzugeben.**

(Zutreffendes bitte ankreuzen und ggf. ausfüllen; Zweifelsfragen sind mit der Bewilligungsbehörde zu klären)

1. Angaben zum Unternehmen

a) Das antragstellende Unternehmen ist im Straßengüterverkehr tätig.

nein ja

Hinweis: Für die mögliche Zuwendungshöhe kann es auch darauf ankommen, ob ein Unternehmen dem gewerblichen Straßengüterverkehr zuzuordnen ist (maßgebliche De-minimis-Grenze dann bei 100.000 € in drei Steuerjahren). Im gewerblichen Straßengüterverkehr tätig sind Unternehmen, deren unternehmerische Schwerpunkttätigkeit im Straßengüterverkehr liegt (insbesondere Unternehmen des Verkehr- und Transportgewerbes). Unternehmen, die eine umfassende Dienstleistung erbringen, bei der die Beförderung von Gütern nur ein Bestandteil ist, wie beispielsweise bei Umzugsdiensten, Post- und Kurierdiensten oder Abfallsammlungs- und behandlungsdiensten, zählen nicht zum Straßengüterverkehr.

b) Das antragstellende Unternehmen ist innerhalb des laufenden und der letzten beiden Steuerjahre aus einer Fusion oder Übernahme entstanden.

nein ja

c) Das antragstellende Unternehmen ist innerhalb des laufenden und der letzten beiden Steuerjahre aus einer Unternehmensaufspaltung hervorgegangen.

nein ja

2. Angaben zu bereits erhaltenen oder beantragten weiteren De-minimis-Förderungen

Bei nach Art. 2 Abs. 2 De-minimis-Verordnung relevanten Unternehmensverbänden („einziges Unternehmen“), Fusionen und Übernahmen bitte für alle beteiligten Unternehmen angeben; bei Spaltungen ggf. Rücksprache mit Fördergeber; auf Endnote 3 wird verwiesen³.

Über die beantragte Beihilfe hinaus wurden im laufenden sowie in den zwei vorangegangenen Steuerjahren **keine** De-minimis-Beihilfen nach De-minimis-Verordnungen⁴ gewährt.

- Über die beantragte Beihilfe hinaus wurden im laufenden sowie in den zwei vorangegangenen Steuerjahren **folgende** weitere De-minimis-Beihilfen gewährt: (Bescheinigungen beifügen).

Datum des Bewilligungsbescheids/Vertrags (sind mehrere Unternehmen in die Berechnung einzubeziehen, bitte auch Namen des Unternehmens angeben)	Beihilfegeber und Aktenzeichen	Rechtsgrundlage (vgl. Endnote 4): - De-minimis-VO - DAWI-De-minimis-VO - Fischerei-De-minimis-VO - Agrar-De-minimis-VO	Form der Beihilfe (z.B. Zuschuss, Bürgschaft, Darlehen)	Fördersumme in EUR	Beihilfebetrags bzw. Subventionswert in EUR
10.10.2019	Regierung der Oberpfalz, AZ 1234-100	De-minimis-VO	Zuschuss	5.000,00	5.000,00

- Über die beantragte Beihilfe hinaus wurden folgende **weitere De-minimis-Beihilfen beantragt, aber noch nicht gewährt:**

Datum der Antragstellung	Beihilfegeber (bitte Aktenzeichen angeben, soweit bekannt)	Rechtsgrundlage (vgl. Endnote 4): - De-minimis-VO - DAWI-De-minimis-VO - Fischerei-De-minimis-VO - Agrar-De-minimis-VO	Form der Beihilfe (z.B. Zuschuss, Bürgschaft, Darlehen)	Fördersumme in EUR	Beihilfebetrags bzw. Subventionswert in EUR (soweit bekannt)
01.10.2020	Muster-Beihilfegeber	De-minimis-VO	Zuschuss	1.000,00	

3. Angaben zur Kombination von Beihilfen

Die hier beantragte De-minimis-Beihilfe wird mit weiteren **Förderungen für das gleiche Projekt** kombiniert:

- nein ja

4. Wichtige Hinweise:

a) Die vorstehend gemachten **Angaben über**

- die Unternehmensverhältnisse in 1a) – c)
- die Gewährung oder die Beantragung von De-minimis-Beihilfen im Sinne dieser oder weiterer De-minimis-Verordnungen im laufenden und den vergangenen beiden Steuerjahren und deren Einzelheiten, insbesondere deren Höhe
- die Kombination der beantragten De-minimis-Beihilfe mit anderen Fördermitteln für das gleiche Projekt

sind für die Gewährung bzw. Rückforderung der Zuwendung von Bedeutung und somit subventionserheblich im Sinne von § 264 Strafgesetzbuch. Der/die Antragssteller wird/werden auf die Bestimmungen des Subventionsgesetzes vom 29.07.1976 (BGBl I 1976, 2034, 2037) in Verbindung mit Art.1 des Bay. Strafrechtsausführungsgesetzes vom 13.12.2016 (BayRS 45-1-J) hingewiesen.

Der/die Antragsteller ist/sind weiterhin entsprechend Art. 1 BayStrAG in Verbindung mit § 4 des Subventionsgesetzes unterrichtet, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.

Dem/den Antragsteller(n) ist bekannt, dass vorsätzlich oder leichtfertig falsche oder unvollständige Angaben sowie das vorsätzliche oder leichtfertige Unterlassen einer Mitteilung über Änderungen in diesen Angaben die Strafverfolgung wegen Subventionsbetrug (§ 264 StGB) zur Folge haben können.

b) Änderungen sind der beihilfegewährenden Stelle vor einer Förderzusage mitzuteilen.

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der in der vorliegenden Erklärung gemachten Angaben wird hiermit versichert.

Ort, Datum

Stempel und rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellenden Unternehmens

¹ Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (Amtsblatt EU L 352, 24.12.2013, S.1; De-minimis-Verordnung). **Für nähere Erläuterungen wird auf die „Häufig gestellten Fragen“ verwiesen.**

² Bei der De-minimis-Förderung wird nicht ein einzelnes Projekt, sondern das geförderte Unternehmen insgesamt betrachtet. Bei Unternehmensverbänden oder anderen Beziehungen zwischen Unterneh-

men stellt sich daher die Frage, welcher Unternehmensbegriff zugrunde zu legen ist. Für De-minimis-Förderungen trifft Art. 2 Abs. 2 De-minimis-Verordnung n.F. erstmals eine abschließende Regelung:

„(2) Der Begriff „ein einziges Unternehmen“ bezieht für die Zwecke dieser Verordnung alle Unternehmen mit ein, die zueinander in mindestens einer der folgenden Beziehungen stehen:

- a) Ein Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte der Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens;
- b) ein Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen oder abzuwählen;
- c) ein Unternehmen ist gemäß einem mit einem anderen Unternehmen geschlossenen Vertrag oder aufgrund einer Klausel in dessen Satzung berechtigt, einen beherrschenden Einfluss auf dieses Unternehmen auszuüben;
- d) ein Unternehmen, das Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens ist, übt gemäß einer mit anderen Anteilseignern oder Gesellschaftern dieses anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte von dessen Anteilseignern oder Gesellschaftern aus.

Auch Unternehmen, die über ein anderes Unternehmen oder mehrere andere Unternehmen zueinander in einer der Beziehungen gemäß Unterabsatz 1 Buchstaben a bis d stehen, werden als ein einziges Unternehmen betrachtet.“

Vgl. hierzu auch Erwägungsgrund 4 der De-minimis-Verordnung (Auszug): „(...)Durch diese Kriterien sollte gewährleistet sein, dass eine Gruppe verbundener Unternehmen für die Zwecke der Anwendung der De-minimis-Regel als ein einziges Unternehmen angesehen wird, während Unternehmen, deren einzige Beziehung darin besteht, dass jedes von ihnen eine direkte Verbindung zu derselben bzw. denselben öffentlichen Einrichtungen aufweist, nicht als miteinander verbunden eingestuft werden. So wird der besonderen Situation von Unternehmen Rechnung getragen, die der Kontrolle derselben öffentlichen Einrichtung bzw. Einrichtungen unterliegen und die möglicherweise über unabhängige Entscheidungsbefugnisse verfügen.“

³ Bei Fusionen und Übernahmen sowie Spaltungen sieht Art. 3 Abs. 8 und 9 folgendes vor:

„(8) Im Falle einer Fusion oder Übernahme müssen alle De-minimis-Beihilfen, die den beteiligten Unternehmen zuvor gewährt wurden, herangezogen werden, um zu ermitteln, ob eine neue De-minimis-Beihilfe für das neue bzw. das übernehmende Unternehmen zu einer Überschreitung des einschlägigen Höchstbetrags führt. Die Rechtmäßigkeit von vor der Fusion bzw. Übernahme rechtmäßig gewährten De-minimis-Beihilfen wird dadurch nicht in Frage gestellt.

(9) Wird ein Unternehmen in zwei oder mehr separate Unternehmen aufgespalten, so werden die De-minimis-Beihilfen, die dem Unternehmen vor der Aufspaltung gewährt wurden, demjenigen Unternehmen zugewiesen, dem die Beihilfen zugutekommen, also grundsätzlich dem Unternehmen, das die Geschäftsbereiche übernimmt, für die die De-minimis-Beihilfen verwendet wurden. Ist eine solche Zuweisung nicht möglich, so werden die De-minimis-Beihilfen den neuen Unternehmen auf der Grundlage des Buchwerts ihres Eigenkapitals zum Zeitpunkt der tatsächlichen Aufspaltung anteilig zugewiesen.“

⁴ Es handelt sich um folgende weitere De-minimis-Verordnungen:

„**DAWI-De-minimis-Verordnung**“: Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen (ABL EU L 114, 26.04.2012, S.8)

De-minimis-Verordnung im Agrarsektor (ABL EU L 352, 24.12.2013, S.9)

De-minimis-Verordnung im Fischereisektor (ABL EU L 190, 28.06.2014, S.45)